

Volkserhebung in Belarus

Valery Karbalevich

Der Präsidentschaftswahlkampf 2020 in Belarus hat sich zu einem Volksaufstand entwickelt. Hauptgrund für dieses Phänomen ist, dass das belarussische Sozialmodell, das vor einem Vierteljahrhundert von Alexander Lukaschenko geschaffen wurde, seine Ressourcen erschöpft hat. Die Dominanz des staatlichen Wirtschaftssektors bremste die Entwicklung. In den letzten zehn Jahren ist der Lebensstandard im Land gesunken. Das autoritäre Regime hat der Gesellschaft jeglichen Einfluss auf die Macht genommen. Wahlen sind längst zu einer Fälschung geworden. Alexander Lukaschenko hat wie jeder autoritäre Herrscher den Kontakt zur Gesellschaft verloren und sich immer inadäquater verhalten.

Infolgedessen hatte sich bis zum Frühjahr 2020 in der belarussischen Gesellschaft ein großes Protestpotential angesammelt. Hier kamen in einem Moment viele ungünstige Faktoren für das herrschende Regime zusammen. Der Konflikt mit Russland, die Reduzierung der russischen Subventionen und der Rückgang des Ölpreises auf dem Weltmarkt haben die Wirtschaft des Landes hart getroffen. Die globale Pandemie hat Hunderttausenden von Weißrussen die Möglichkeit genommen, ins Ausland zu gehen, um dort zu arbeiten. Das heißt, die traditionellen Ventile zum Ablassen von sozialem Dampf erwiesen sich als blockiert.

Ein wichtiger Katalysator für die öffentliche Unzufriedenheit war das unangemessene Verhalten der Behörden während der Pandemie. Lukaschenko erkannte die Gefahren des Coronavirus nicht und weigerte sich, Massenveranstaltungen zu verbieten.

All dies geschieht vor dem Hintergrund des Verlustes des Informationsmonopols der Behörden, der Entstehung neuer Medien und sozialer Netzwerke, die von Gegnern des gegenwärtigen Regimes sehr effektiv genutzt werden.

Die Präsidentschaftswahlen wurden zum Auslöser für eine Explosion der allgemeinen Unzufriedenheit. Während des Wahlkampfes entstand die Idee: „Das Volk gegen Lukaschenko.“ In der Gesellschaft dominieren Gefühle, die sich durch die Formel ausdrücken lassen: „Jeder, aber nicht Lukaschenko“. Die Hauptlinie der belarussischen Spaltung verläuft zwischen Regierung und Gesellschaft.

Lukaschenko fühlte sich bei den Wahlen wirklich von einer Niederlage bedroht. Deshalb hat er beschlossen, diese Gefahr durch zunehmende politische Repression zu neutralisieren. Der Präsidentschaftswahlkampf fand in Form einer militärischen Sonderoperation des herrschenden Regimes gegen alle Gegner statt. Die wichtigsten und beliebtesten Präsidentschaftskandidaten Sergej Tikhanovsky und Viktor Babariko wurden festgenommen. Valery Tsepalo wurde nicht als Kandidat registriert. Lukaschenko führte nicht einmal einen tatsächlichen Wahlkampf im üblichen Sinne durch. Er traf sich nicht mit den

Menschen, sondern mit der Nomenklatura, Beamten und reiste zu Militäreinheiten.

Die Bevölkerung organisierte sich schnell, die horizontale Kommunikation begann zu funktionieren. In diesen Monaten hat sich in Belarus eine echte Zivilgesellschaft gebildet.

Die Proteststimmung der Gesellschaft, der „Aufstand der Massen“, führte jedoch nicht zu einer „Krise an der Spitze“, nicht zur Spaltung der Eliten, die nach allen Theorien eine notwendige Voraussetzung für den Sieg einer Revolution ist. In Belarus herrscht ein starkes und konsolidiertes autoritäres Regime. Die gesamte Staatsmaschine, das politische System funktioniert reibungslos.

Nachdem Lukaschenko seine Hauptkonkurrenten aus dem Weg geräumt hatte, begannen sich die Ereignisse nach einem unerwarteten Szenario zu entwickeln. Es wurde angekündigt, dass sich die Hauptquartiere von Viktor Babariko, Valery Tsepkalo und Svetlana Tikhanovskaya (der Frau von Sergej Tikhanovsky) zur Unterstützung der letzteren zusammenschließen. Dieser Schritt spiegelte die Stimmung eines bedeutenden Teils der politisierten Öffentlichkeit wider. Die Koordinatorin in Babarikos Stab Maria Kolesnikova, Valery Tsepkalos Frau Veronika und Svetlana Tikhanovskaya wurden zu Symbolen des belarussischen Protests.

Das Protestpotential der Gesellschaft konzentrierte sich auf Svetlana Tikhanovskaya, ursprünglich eine technische Doktorandin. Für sie zu stimmen bedeutete keine Wahl eines neuen Präsidenten, sondern eine Abstimmung gegen Lukaschenko.

Die Wahlen fanden am 9. August statt. In den Wahllokalen, in denen die Stimmen offen ausgezählt wurden, gewann Svetlana Tikhanovskaya 60 bis 70 Prozent. Die Behörden gaben jedoch bekannt, dass Alexander Lukaschenko 80 Prozent erhalten habe.

Dies löste Empörung und massive Straßenproteste aus. Drei Tage lang versuchten die Behörden, den Protest mit bestialischer Härte zu unterdrücken und damit den Willen des Volkes zum Widerstand zu unterdrücken. Zum ersten Mal in der Geschichte Weißrusslands setzten Beamte des Innenministeriums Rauchbomben, Gummigeschosse und Wasserwerfer gegen Demonstranten ein. Drei Menschen wurden getötet, Hunderte verwundet und verstümmelt, Dutzende werden vermisst, etwa siebentausend wurden verhaftet. Es war ein kurzer Bürgerkrieg.

Aber Protest gegen die Gräueltaten äußerten auch zuvor den Behörden gegenüber loyale Strukturen wie Kirchen, Unternehmensverbände usw. Auch Kundgebungen und Streikdrohungen in staatlichen Unternehmen wurden zu einem starken Druckfaktor.

Die Behörden mussten sich vorübergehend zurückziehen. Jetzt hat sich im Land ein Gleichgewicht der Kräfte herausgebildet. Das Volk kann Lukaschenko noch nicht zum Rücktritt zwingen. Und Lukaschenko wiederum kann die Proteste immer noch nicht unterdrücken.

Trotz der massiven Proteste im ganzen Land will Lukaschenko bezüglich der Wahlen keine Kompromisse eingehen, er beabsichtigt nicht, mit den protestierenden Menschen in einen Dialog zu treten. Er hat bereits mehrmals wiederholt, dass er zu Lebzeiten die Macht nicht aufgeben werde.

Dies bedeutet, dass ein Kompromiss, ein Dialog unmöglich ist. Der Konflikt in Weißrussland kann nur durch den Sieg einer der Parteien gelöst werden.

Jetzt ist das Übergewicht auf der Seite des Regimes. Die Behörden haben eine Gegenoffensive gestartet und nehmen den Menschen nach und nach den Raum der Freiheit, den sie in den vergangenen Tagen zurückgewonnen haben. Es war daher nicht möglich, Streiks in staatlichen Unternehmen zu organisieren, da die Arbeiter starkem Druck und Einschüchterung durch die Verwaltung ausgesetzt waren.

Unabhängig davon, wie diese Konfrontation enden wird, die belarussische Gesellschaft hat schwere Verletzungen erlitten. Sie steht am Vorabend großer Veränderungen.

(Manuskriptabschluss: 23. August 2020)

Aus dem Russischen von Dr. Klaus Kapr.

Dr. Valery Ivanovich Karbalevich

geb. 1955, Politikwissenschaftler, Studium, Aspirantur (1986) und Dozent an der Belarussischen Staatlichen Universität in Minsk (1986), Experte des Analysezentrum „Strategie“, Politischer Kolumnist, Autor von zahlreichen Publikationen und dem Buch „Alexander Lukaschenko. Ein Politisches Porträt“ (2010).

Karbalevich@gmail.com